

Die „Volkszeitung“  
erfolgt als Rundschlag außer  
Sammung und ist durch die  
Expedition, neue Grammatik, S. 6,  
durch die Post und  
durch Kolonie zu bestehen.  
Preis vierteljährlich Mr. 3.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Verteilungskarte Nr. 7547

Veröffentlichungen  
derzeitige Nr. des abwechselnden  
Vierteljahrsschriften über dem Namen  
zu kennzeichnen, für Sammlung und  
Sammelbestände auszugeben.  
Preis 10 Pfennige.  
Ausserdem für die nächste Sammlung  
müssen bis Sonntag 20 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

# Volkszeitung

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werkhäfige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 47.

Freitag, den 25. Februar 1898.

9. Jahrgang.

### Politische Übersicht.

#### Flossenvorlage und Reichstagsauflösung.

Die gegenwärtige, innerpolitische Situation wird von einem parlamentarischen Mitarbeiter unseres Leipziger Parteorgans, der „Volkszeitung“, folgendermaßen geschildert: Als der Doctor Kahlmäuser, sonst auch Liebster genannt, im Reichstag seine Flottenrede mit dem ihm eigenen löslichen Pathos vorgetragen hatte, da hieß es von allen Seiten, die Flottenvorlage sei nun so gut wie angenommen und die Liebersehe Rede habe den „Umfall des Centrums“ angelängt. Wir schwammen damals gegen den Strom, indem wir sagten, die Liebersehe Rede sei nur ein Zug der Centrums und man müsse abwarten, ob von Seiten der Regierung ein Zug zum oder nicht; wenn nicht, so sei ein Conflict in der Flottenfrage durchaus noch nicht ausgeschlossen. Die Entwicklung der Dinge hat uns Recht gegeben. So schnell, wie die Optimisten von rechts und die Pessimisten von links glaubten, haben Centrum und Regierung denn doch nicht handelns zu können. Ein Zuschlag seitens der Regierung auf das Angebot des Centrums scheint noch nicht erfolgt zu sein und es mehrten sich die Anzeichen, daß eine Ablehnung der Flottenvorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt durchaus nicht zu den Unmöglichkeiten gehört. Eine Ablehnung müßte natürlich die Auflösung des Reichstags nach sich ziehen.

Die Regierung beharrt auf dem Septennat, während das Centrum sich bis jetzt noch nicht hat darüber einigen können, wie es sich zu dem Septennat stellen will. Die Staatsmänner des Centrums behanbeln die Sache dilatorisch; sie zögern die Entscheidung hinaus. Sie hoffen, wie es scheint, immer noch, daß ein Zuschlag seitens der Regierung auf ihre Angebote erfolgt.

Dieser Tage wurde zuerst gemeldet, daß das Centrum könne sich über die Septennatsfrage nicht einigen, da sein „demokratischer“ Flügel dem Septennat unter gar keinen Umständen zusimmen werde. Dies war von der Centrumpresse dementirt mit dem Hinweis, daß die Centrumstraktion seit December gar nicht über die Flottenfrage berathen habe. Indessen verbreiteten sich Gerüchte, die Regierung wolle den Reichstag auflösen und man gab sogar den 22. März als Auflösungstag an. Das Jemand mit dem Überglauen befasst ist, die Wahl dieses Tages, an dem bekanntlich vor 101 Jahren der nachmalige Kaiser Wilhelm I. geboren wurde, könne auf den Aussall der Wahlen von Einfluß sein, glauben wir kaum.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte darauf eine Erklärung, in der es hieß, die Regierung denke gar nicht daran, den Reichstag vor Durchvertheilung des Flottergesetzes aufzulösen. Das hatte aber auch gar Niemand behauptet. Das offizielle Blatt fügte hinzu, wenn sich jene Gerüchte auf den Zeitpunkt nahe der Verathung der Flottenvorlage bezügen, so seien sie „mäßige Conjecturalpolitik“.

Schön gesagt! Indessen hat man sich längst daran gewöhnt, daß solche offizielle Worte manchmal nur gesagt werden, um — nichts zu sagen! Und bei der vorliegenden Erklärung ist das zweifellos der Fall. Denn die Herren Miquel und Posadowitz wissen doch auch noch nicht, was das Centrum thun wird, und auch für sie heißt es wie für andere Menschenkinder: Abwarten und Thee trinken!

Die Situation wird unseres Erachtens zur Zeit am

besten charakterisiert durch die Krümmungen und Windungen der Angstmeier, die sich vor einer Auflösung des Reichstages fürchten. Die „Nationalzeitung“, die immer ein gut unterrichtetes Blatt gewesen ist, glaubt die Regierung vor einer Auflösung des Reichstages und vor einem Wahlkampfe mit der Flottenparole warnen zu müssen. Das Blatt hat behauptet, daß man in den Regierungskreisen an einen solchen Wahlkampf denkt. (Der nationalliberale Abgeordnete Friederich hat freilich auf dem Magdeburger Provinzialparteitag die Regierung geradezu zur Auflösung provoziert!)

In den Kreisen der „liberalen“ und industriellen Bourgeoisie glaubt man, die Agrarier würden sich alle Mühe geben, die Flottenfrage zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zu benützen. In der That wird die Regierung weit eher geneigt sein, mit den Agrariern als mit dem Centrum eine Verständigung zu treffen. Gegen einige Liebesgaben und Zollerhöhungen werden die Agrarier mit Hurra für die Flottenvorlage stimmen, während es sich auch ereignen kann, daß sie gegen die „Kähne“ eintreten, wenn man dem Konzert nichts an Geschenken zu bringen hat.

Der Haken bei dieser Sache ist nur, daß mit den Conservativen die Vorlage nicht durchzubringen ist; es müste dann bei dem größten Theile des Centrums der „Umfall“ gesichert sein.

Am ängstlichsten sind, beiläufig gesagt, die „Ritter“. Diese würden, obwohl sie sich theilsweise in die Loge konservativer „Unentwegtheit“ hielten, vor Freuden Lustspringe machen, wenn das Centrum die Flottenvorlage annehmen würde. Denn sie kennen ihre „freisinnigen“ Spießbürger und wissen recht gut, daß diese auch ganz gern zu einem kleinen „Umfall“ bereit sind. Wie sie bei den Stichwahlen, wo sie für Socialisten stimmen sollen, nicht Stich halten, so auch in der Flottenfrage, denn das ist Thatsache, daß weite bürgerliche Mittelschichten für die Flottenvermehrung sehr eingetragen sind, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie glauben, vor der Erschließung neuer Absatzgebiete Vortheil zu ziehen. Daher fürchten Richter und die Seinen einen großen Durchfall auf alle Fälle.

Man sieht, daß die Situation noch gar nicht völlig geklärt ist. Es handelt sich darum, wie weit die Regierung den Agrariern und dem Centrum entgegenkommen will. Daß also eine Auflösung des Reichstages durchaus nicht so unmöglich ist, wie man vorher glauben zu machen versucht hat, das liegt auf der Hand.

Wenn die Regierung mit der Flottenparole überfahren wird, so fährt das Centrum sicherlich noch höher, wenn es das Septennat annimmt und sich dann im Wahlkampfe wegen der Kosten für die Flottenvermehrung rechtfertigen muß. Spießbürger und Krämerseelen werden das leicht nehmen. Aber nicht die Arbeiter und auch nicht die kleinen Bauern. Die ganze gewaltige Masse der Wähler, die unter harter Arbeit und unter dem drückendsten Mangel am Nöthigsten dahin leben muß, kann dann doch recht leicht fuchsteinsmäßig werden, wenn man ihr schon wieder mit neuen Steuern kommt, und dann kann es passieren, daß Pfaff und Junker einmal niedergestimmt werden, wie ihnen ja niemals auch nur geträumt hat.

Wenn also dem Centrum keine ganz außerordentlichen „Compensationen“ geboten werden, dann wird es lieber sich zur Auflösung treiben lassen.

Aufgabe der Socialdemokratie wird es dann mit in erster Linie sein, das elende demagogische Treiben dieser

reactionären Partei zu enthüllen, die sich im Wahlkampf „oppositionell“ gehärbert, um das zerrissene Mantelchen ihrer „Gesinnungsfähigkeit“ zu flicken, und die nachher doch bereit sein wird, dem Volke schwere neue Lasten auf den Rücken zu wälzen.

Was auch die alten Parteien ihret mögen, ob sie mit der Regierung oder gegen dieselbe im Wahlkampf gehen — diese Wahlbewegung wird ihre Abwirthschaft nur fördern, weil sich im Volle immer mehr die Erkenntnis verbreiten muß, daß es von Neuem belastet werden soll nur zu Gunsten einiger Schichten der herrschenden Klassen.

Und so möge die Auflösung kommen. Die Socialdemokratie ist gewappnet. Ihre Feinde werden das bald zu spüren bekommen.

Kommt sie nicht, dann auch gut. Dann sollen die Flottenpatrioten unter dem Messer der socialistischen Kritik stöhnen.

#### Von Ostasien.

England hat in der That den Sieg davon getragen und macht — wie man sagt, zusammen mit deutschen Capitalisten — die chinesische Anleihe. Über die Zugeständnisse, welche dafür von China gemacht wurden, berichtet man aus London: Wie ähnlich gemeldet wird, hat die chinesische Regierung auf Vorstellungen des englischen Gesandten in Peking ein eingewilligt, daß die inneren Wasserwege in China für britische und andere Dampfer im Laufe des nächsten Juni geöffnet werden sollen und zwar derartig, daß überall da, wo jetzt der Gebrauch von Booten Eingeborenen durch Vertrag gestattet ist, den Fremden gleichermaßen erlaubt sein soll. Dampfer und Dampfboote zu benutzen, gleichviel, ob dieselben ihnen selbst oder Chinesen gehören. Mit Sicherheit auf den großen Werth, den England darauf legt, daß das Yang-tse-Kiang-Gebiet in chinesischem Besitz bleibt, thutte die chinesische Regierung der britischen Regierung formell mit, es könne keine Rede davon sein, daß irgend ein Gebiet im Thale oder in dem Bereich des Yang-tse-Kiang an irgend eine Macht verpfändet, verpachtet oder abgetreten werde. Der Posten des Generalinspectors der Seezölle soll in Zukunft wie seither eingetragen werden von einem Engländer, und zwar so lange, als der britische Handel mit China in den Häfen fortfährt, denjenigen der anderen Mächte zu übertreffen. — Ein Hafen in Huanan wird innerhalb zwei Jahren geöffnet werden.

Nun entsteht bereits wieder die Frage der „Compensationen“. Wie sollen sich die anderen Staaten „schadlos“ halten? Eigentlich eine unsinnige Frage, da es sich ja nicht um eine Bevorzugung Englands handelt, sondern um England die gleichen Vortheile, wie für sich für die anderen Staaten ausbedungen hat. Aber nichtsdestoweniger! Jetzt heißt es, Frankreich werde als Compensation Hawaii besetzen und Russland behält Port Arthur. Den „Times“ wird aus Peking telegraphiert: „Die Antwort, welche Russland der chinesischen Regierung auf ihr Eruchen erhalten hat, Russland möge die Sicherung erneuern, daß es sich nach Ablauf des Winters aus Port Arthur zurückziehen werde, sicutur nicht beruhigend. Russland bemerkte darin, seine Schiffe würden länger, als ursprünglich geplant war, in Port Arthur verbleiben, da die Zurückziehung den Interessen Chinas und Koreas zuwider wäre. Diese Antwort betrachtet die chinesische Regierung als eine Andeutung, daß aus der zeitweisen Überwinterung der Flotte eine dauernde Langlebigkeit werden wird.“ Daß Russland aus Port Arthur nicht zurückzieht, war freilich ein offenes Geheimnis.

schrak sie auf. Smergali war beim Herzog in Stuttgart geblieben, — sie machte sich auf das Außerste gefaßt. So empfing sie den Zurückkehrenden.

Selbstames Mannesgemüth! Karl Eugen war nicht heftig zu ihr, loberte nicht auf, es erfolgte keine jener alten rätselhaften Szenen. Er kam mit der alten Höflichkeit zu ihr, aber eine düstere Trauer lag auf dem Atem, die sie nicht zu ertragen wagte. — Smergali, Melanie und Pfeil hatten auf eine schimpfliche Verstoßung gehofft, wie sie Friedrike von Bayreuth erfahren. — Nichts geschah davon, die Gräfin blieb des Sovorains Gemahlin. Karl Eugen konnte Franziska nicht entbehren, er stand so vollständig unter der Tyrannie dieser seiner Alles verleugnenden Neigung, daß sie nur mit dem Leben enden konnte. Erst überzeugen wollte er sich durch eigene Wahrnehmung, daß sie schuldig sei. „War ihr der Schubart mehr wie Du, so kann ich sie in ihm am tödlichsten treffen. Und hab' ich ihn, bricht unter seinen Mätern ihr Herz, dann ist mein Herz beständig meine Nacht und das Grab!“ Auf einer häuslichen Dämmerung machte sich aber in gewissen Momenten eine harte Laune Franziska gegenüber geltend, als ginge er darauf aus, sie stets in Verlegenheit zu bringen, mit unbestimmtem Argwohn zu quälen, über einem Schuldbewußtsein zu erstickern. Es gab in ihrem Verlehr jetzt ein Letztein, wo sie beide mit Scheu einander gegenüberstanden. Einer ahnte, was der Andere dachte, und doch empfand Feder durch, sich auszusprechen, das düstere Gespenst, was drohend zwischen ihnen stand, in seiner vollen Radikalität zu enthüllen. Röder hatte, argwohnend, daß Karl die Chronik kennen gelernt, Franziska bei der Rückkehr seine Besorgnis mitgetheilt. Unter heißen Thränen hatte die arme Gräfin Schubart's Spectiven gelesen. —

„Sie erschrak über die Veränderung in Karl's Augen, über die düstere Lücke, die gleich einem Dämon der alten Zeit wieder auferstanden war. Karl Eugen sprach aber kein Wort über sein Geheimnis zu Ihnen, gab vor, unwohl gewesen zu sein, und verstellte sich unerkenbar. Bald darauf ging der Herzog mit seiner Begleitung und Smergali nach der Solitude zurück. — Franziska war zum größten Glück durch ein schleuniges Billet Röder's von des Herzogs furchtbarer Aufrührung, die eine verborgene, höchst treue Liebe haben müßt, in Kenntnis gesetzt. „Schwärzt!“

„Das muß mein Gemahl besser zu würdigen wissen, als ich,“ sagte sie, die Augen niedergeschlagen.

„Auch ersuche ich Dich, mich für eine Woche auf Reisen zu begleiten, ich habe Geschäfte zu Ulm.“

„Zu Ulm!“ fuhr die Gräfin empor. Doch sie fasste sich sofort. „Wie Du befiehlt, lieber Karl!“

„Aber Ulm scheint Dir sehr unangenehm zu sein, wie? Du bist dabei sehr fatigiert!“

„Das kommt Dir wohl nur so vor. Es gibt Orte, die mir früher angenehmer wären, aber in der Begleitung meines Gemahls würde ich nicht, was sich nicht überwinden ließe.“

„Aber unangenehm ist es Dir doch!“ lachte er bitter.

„Gewiß. Denn wo die Hygiene der Verleumdung ist, die aus begeistert, kann man nicht fröhlich sein.“ Sie sah ihn bewegt mit schwimmenden Augen an. — Es war ein Augenblick, der jeden Argwohn wieder in Karl verwischte.

„O Fräulein, Geduld!“ und er küßte sie bestig. „Dieser Hygiene will ich das Hirn mit der ganzen Höhe meines Hauses versiegeln!“

Auf der Ranch und dem Talbuch lag hierher noch tiefer Februarsschnee, hütte Höhle und Thaler, Felde und Stege in sein weites Gewand ein, aus dem sich tief im Grunde taum der Kirchturm und das spitze Dach der Ober vogtei von Geislingen zu erheben wagte, und ein Frost war, daß Alles nur so brachte und die Wagenräder sgrüß freischende Rieder pfiffen. Die Dohlen und Krähen mit melancholischem Schrei liegen um den Heidenturm vor die Ruine des Wlkart und Geisligens, um die weiße Stille zu unterbrechen. Alles ist noch wie vorher. Die alte Thurmhälfte mit ihren spinnenden Zahlen und ihrer drapirten Glocke, die plärrerden Kinder in der Schule, vor der die alten Bäume wie bunte Bogenbogen sind noch vorhanden, nur daß es noch schmückend

**Bismarck als Schützer der Verfassung.** Die "Hamburger Nachrichten" veröffentlichen, wie schon kurz berichtet, unter der Überschrift "Schutz der Reichsverfassung!" einen erschöpfend vom Fürsten Bismarck herührenden Artikel, der daran anknüpft, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nach eigenem Geständnis Diäten bejogen, wodurch die Reichsverfassung verletzt werde. Die Untersuchung des Bezugs jedweder Entschädigung habe bei Herstellung der Verfassung das Äquivalent für das allgemeine und geheime Wahlrecht gebildet. Es sei nun die Frage, ob ein Reichstag, der mit der Verfassung nicht konform, berechtigt sei, die Reichstagsfunktionen auszuüben, und ob die verbündeten Regierungen berechtigt seien, den Verkehr mit einem solchen Reichstag abzulehnen. Die nächste Aufgabe der Regierung würde sein, sich die Gewissheit zu verschaffen, welche Mitglieder des Reichstags Diäten beziehen und dadurch ihr Anrecht auf Teilnahme am Reichstag verlieren. Man habe Grund zu der Frage, ob es nicht angezeigt sei, daß der Kaiser eine Botschaft an den Reichstag richte, worin er zu strikter Ausführung der Reichsverfassung auffordert.

Fürst Bismarck hat, als er Kanzler war, sich durch seine Kreuzer "Maine" werden von amerikanischer Seite neue Kreuzerprozesse gegen sozialdemokratische und freisinnige Abgeordnete eine schändliche Schlappe geholt. Er hat im Begehrte eine schändliche Landstrafe — anderswo ging es nicht — u. A. Jägerleben und Krämer in solche Prozeße verwickelt, — hat den Gerichtsvollzieher aufziehen lassen und sich dabei bis auf die Knöchen blamirt. Dass der alte Verfassungsbrecher nun aber nach "Schutz der Verfassung" rufe, ist doppelt erstaunlich. Der Haß macht ihn blind.

**Freisinnig-nationalliberal-conservative Wahl-Coalition!** Das ist ja das Neueste, was die Sozialisten durch hervorgebracht haben. Der "Berliner Volkszeitung" wird aus Elberfeld geschildert:

Die Christlich- und die Deutsch-Socialen bestimmen gestern, einen eigenen Candidaten aufzustellen. Die Freiconservativen, die Freisinnigen, die National-Liberale und das Centrum haben sich an einen Freisinnigen (frei. Bp.) geeinigt und sich an die Christlich- und Deutsch-Socialen gewandt, diese Candidatur zu unterstützen, um den Wahlkreis Elberfeld-Barmen dreimal den Sozialdemokraten, durch die er nun schon seit Jahren im Reichstage vertreten wird, zu entfehlen. Man hat einen Umtischenden ausgeführt, weil man hofft, daß sich auf einen solchen die meisten Stimmen vereinigen würden. Allein die Socialen wollen nicht mitmachen; ihr Haupt, der Apotheker Bartholdi, redete ihnen ein, daß sie einem Freisinnigen niemals ihre Stimme geben könnten, weil ein solcher mit Rückeruf durch "Dich und Dumm" gehen müsse und unter Anderem auch nicht für die Flottenvorlage stimmen. Sie wollen nur einen "fünfzigjährigen" Candidaten aussuchen und diesen in der nächsten Versammlung nominieren.

Welch schändliches Werk von bürgerlicher Partei, vom Centrum bis zu den Freiconservativen, und der Freisinnigen "mittennam", daß in ein schönes Zeugnis der Grandspitzenfestigkeit. Der Gang aber dieser Gattungsbrüder zu den Städtern ist der Höhepunkt. Schade, daß sie sich nicht einigten! Dann müssen sie sich einzeln blamiren. Innenmal der Elberfelder Kreis der Flottenbewußten Arbeiterschaft nicht entfliehen werden will.

**Um Aufhebung des Verbots der Flottenbildung** politischer Arbeiter in der Industrie riefen der Bund der Industriellen an den Minister des Innern ein ausdrücklich begründetes Gesetz. Verhandlung hierzu boten die Beschwerden der Industriellen aus der Thonwaren- u. Keramikfabrik-Zubehörindustrie. Die betreffende ministerielle Verfassung schafft die Beschäftigung politischer Arbeiter in der Industrie, jedoch während einer bestimmten Fristenzeit, höchstens für einen Tag, in den Betrieben ganz aus. Der Bund hat nach eingehender Beratung innerhalb eines Sonderausschusses Bedenken geltend gemacht, Schwäche und Schwierigkeit, die oft innerhalb übergehen, mit zwecklosen Maßnahmen zu messen und dargethan, daß die Bandenwirtschaft zulassen müsse, da die Industrie sich gefährdet fühlt.

von Wind und Wetter geworden. Der alte Soldat Blümel, gebürtiger, weicht als junger, die Beine in hohen Schnürstiefeln, die Fußbekleidung über's Ohr gezogen und die Hände auf dem Rücken, geht eben mit zwei Grenadierein gründlich seinen neuen Dienst nach Fulda, keine Endlichkeit. Aber das Dale, das er für zu neuem pflegt, in die normale Zunft zurückkehrt. Die Oberpolizei prüft mit der Regel in der Kürze bei den Schnürstiefeln, junger und noch immer zum Dienst eingerichtet. Zu der Wohnküche, vor Fulda unweit, liegt über ein blauer Bergkämme Wein am Fenster und nicht. In demselben Fenster, da sie als Blümchen gekleidet und erröthend hinüber nach dem Schuhwerk geschaut. Helene Schubert. — Sie kann wohl auch jetzt von der Arbeit und nach längst hinüber und dann wieder zur Kindesstube, doch das gilt ihrem Schwieger, dem alten Blümel, vertraut, verloren, das jene Straße empfunden wird, wie leicht sie den alten Eltern und ihren Schwestern zu dankt. Ach, sie läuft nicht eigenwillig und fröhlig mehr als Schaud auf den Gatten, bei zu sehr anstrengender, wenn abteiligen Theil am allgemeinen Elende sie selber verhindert. Aber es steht ihr ja unerträglich noch, daß sie jetzt sagt, wie die Mama in Wilm sich eigentlich erinnerte, alle Freude in mir aufzuhören, er kann nicht froher Hoffnung, sondern nur leise Erinnerungen hätte. Sie war einmal mit Blümchen hatte es gesprochen; — mögliche wohl über Eltern und Eltern die selber verloren haben!

Da jüngst sie auf mit diesem Blümel und noch anderen nach einem Waldchen. Sonnenbad unter ihrem Schirm, hatte ausgeschafft und war zurückgekehrt. — Sie horchte auf, aber nichts regte sich, als das ungewöhnliche Geräusch ihres Schnürs — Sie wußte nicht warum — Sie sah in Blümel und Blümchen beide vorher, als junger, jugendlicher Sohn und Tochter ausgewachsenen Freunde und mit dem jede zweite Hoffnung — Sie sah erfreut, wie ihre schönen Schuhe fast zu

würde, zur Aufrechterhaltung der Betriebe unter Aussichtung höherer Löhne, landwirtschaftliche Arbeiter zu gewinnen.

Natürlich sind die Herren, die so um Zulassung ausländischer, billige Arbeitskräfte bitteln, die allerlettigsten, braven Patrioten! Wer würde daran zweifeln? Höchstens die "vaterlandlosen" Socialdemokraten!

**Ein Disciplinarversfahren** ist gegen den Volkschulverein Alpers in Hamburg, der im 19. hannoverschen Reichstagswahlkreise als welfischer Candidat aufgestellt worden ist, eingeleitet worden. Das Disciplinargericht entschied, daß dem Angeklagten weder aus seiner Zugehörigkeit zur deutsch-hannoverschen Partei, noch aus seinem Wirken für seine politische Überzeugung ein Vorwurf zu machen sei, so lange ein Verstoß gegen gelegliche Bestimmungen unterbleibe; es müsse daher Ablehnung des Antrages des Staatsanwalts erfolgen. — Was im lieben Deutschland doch Alles möglich ist.

## Ausland.

**Amerika.** Lieber den Untergang des amerikanischen Kreuzers "Maine" werden von amerikanischer Seite neue alarmirende Gerüchte verbreitet. Nach einer über New-York alarmierende Depesche aus Havanna nimmt dort nach New-York gelangten Depesche aus Havanna nimmt dort wegen der Entdeckung nicht explodirter Riesen-Pulver für die Zeppelei-Geschütze, und weil man glaubt, daß man in dem Magazin für diese Geschütze vorn an Steuerbordseite noch andere Riesen finden wird, die Überzeugung zu, daß dieses Magazin des "Maine" nicht in die Lust gegangen ist. Man erklärt, wenn das bewiesen würde, müßte man fast notwendig folgern, daß die Explosion auf Backbordseite des Bugs von außen stattgefunden hat.

## Deutscher Reichstag.

Am heutigen Schwerinstag kamen die Anträge der Freisinnigen und des Centrums, welche den Berufsvorone die Rechtsfähigkeit zuerkennen wollen, zur Verhandlung. Bekanntlich hat man es unterlassen, einen dahingehenden Passus in das bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen, obwohl unsere Genossen alle Hebel nach dieser Richtung hin in Bewegung gesetzt hatten, weil der Reichsanziger das Verbrechen gab, die Aufhebung des Coalitionsverbots der Parteien herzuführen. Es war zwischen ein Kompromiß zwischen dem Centrum, den Freisinnigen und der Regierung geschlossen worden, was vom Reichskonsul nicht erhalten werden ist. Die gutgläubigen Freisinnigen sah inzwischen ihren Schaden bejehen und den Antrag eingeführt, der freilich mehr ihren guten Willen erweckt, als er praktisch helfen kann. Denn an eine Zukunft der Parteien seitens der Regierung ist gar nicht zu denken. (Sehr richtig! lins.) Ich denkt, daß Herr v. Stumm (Heiterkeit) (Abg. v. Kardorff: Sie würden nicht schlecht fahren!) Ich möchte behaupten, wäre Herr v. Stumm selbst Arbeiter, er würde sich nicht an den Ehren v. Stumm wenden. (Große Heiterkeit!) Herr v. Stumm sagte, es kann hier wieder um einseitige Interessenvertretung der Arbeiter verschweigt, aber, daß die Arbeitgeber bereits längst diese einseitige Interessenvertretung haben. (Sehr richtig! lins.) Wie stellt Herr v. Stumm es z. B. vor, daß die Lohnfrage gemeinschaftlich geregelt werden soll? Wer wird sich da folgen. Der Vorsitzende unserer Corporation ist nur ein Märtelchen, das utaligisches Stein gehängt wird. (Sehr richtig! lins.) Ich denkt, daß trotz dieses Widerstandes diesmal einer der Anträge angenommen wird. Wenn Arbeiterorganisationen vorhanden sind, eine Einigung mit den Unternehmern bedeutet leichter, beim Boykott haben wir den Mangel einer solchen Schwierigkeit erkannt. Herr v. Stumm, ich hätte damals die Interessen meines Betriebes vertreten, weil ich als Arbeitgeber mit sozialdemokratischen Firmen in Verbindung trat. Der Friedensschluß ist aber von den Sozialdemokraten so loyal gehalten worden, daß ich mich nicht beklagen würde, in einem ähnlichen Falle mit Herrn Singer in Verbindung zu treten. (Sehr richtig! lins.) Prinzipiell wird der Streit als wichtigstes Kampfmittel der Arbeiter anerkannt, nur Praxis nicht. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Kleine Herren (sozialdemokraten): Sie rufen mir häufig ein Sehr richtig! Dieses "Sehr richtig" wird mich bei vielen im Lande draus ein schiefes Licht sehen: man glaubt noch vielfach, daß Amerika die Socialdemokratie richtig hält, deshalb schon falsch (Heiterkeit.) Man sollte nicht Amerika zum Vergleich heranziehen, die Unternehmer Söhnen zur Unterscheidung der Arbeiter, die sogen. Pinterschen. (Sehr richtig! bei Soc.) Gern sollte man nach England blicken. Da die Zahl der Streiks etwas gestiegen; aber die Zahl der Streikenden hat ebenfalls abgenommen, wie die Zahl verloren gegangene Arbeitstage. Sie werden die Streiks aus der Welt schaffen können, ob nun die Berufsvorone die Fähigkeit haben, oder nicht. Herr von Stumm sagt, daß die Steigerung der Arbeitsschwäche das Kapital aussöhne, konkurrenzlos. Das ist nicht der Fall, da ist nicht die Höhe der Löhne, sondern die Güte der Produktion entscheidend. Herr v. Stumm will die Gewerkschaften mit der Socialdemokratie in einem Unrecht in England z. B. haben die Gewerkschaften gegen mit der Socialdemokratie zu thun. Die Interessen der beiden sind eben sehr verschieden, die gegenseitige Behauptung sozialdemokratisches Recht. Gern sind alle, gelehrte und gelehrte nur gegen solche Unternehmer, die den Arbeitern Recht zugestehen, eine bessere Lebenshaltung anzustreben. Da ist nun gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber. Herr v. Stumm will uns mit dem Beste sozialistisch fördern. Über die Zukunft und in dem Antrag kann ich nicht sprechen. Ich siehe auf dem Standpunkt des Herrn von Beselich, daß Ganzlich in einem Artikel der "Sozialen Praxis" sagt, daß Ganzlich die Grundlage jeder sozialen Ordnung sein müsse, und besonders die verbündeten Regierungen sich bald auf die früheren Mindestsachen stellen werden. (Beschluss lins.)

Hierauf berichtet sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Zweite Beratung des Antrages auf Entschuldigung der im Wiederaufnahme-Bericht geschilderten Personen.

Sitzung 6 1/4 Uhr.

## Zur Begehung eines Sammelkundgebung.

Abg. Schneider (frei. Bp.): Das bürgerliche Gesetzgesetz regelt die Sammelkundgebung der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften nicht kann die Begehung der Arbeiter fordern befohlen, doch alle Gewerkschaften und jedem Tage geworden können, wenn es eine Gewerkschaft von Arbeitgebern oder Arbeitern besteht, die gegen die Begehung der Arbeiter protestieren oder demonstrieren. Der Betrieb nimmt hier zu die Rechte der Gewerkschaften gegen die Organisationen der Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft nimmt hier zu einer Stärke, in dem sie allgemeine Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren, auch das Gewerkschaftsrecht keine Bedeutung. Es kann aber, das gewisse Gewerkschaften der Arbeiterschaft, z. B. Dr. Sieber, kann in England einen wesentlichen Erfolg auf die Begehung der Gewerkschaften und damit Gewerkschaften nicht haben und gewisse Gewerkschaften der Gewerkschaften protestieren, das Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren, obwohl sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren.

Es folgt die zweite Begehung, der kann den Abg. Dr. Schneider (frei. Bp.) danken, von den Abg. Dr. Lieber u. Gen. (Centr.) und dem entsprechenden Gesetzesvorschlag. Schreibt die Belehrung der Gewerkschaften an entsprechende Gewerkschaften. Die Anträge enden auch die Begehung: Etwas Etwas können zur geistigen Entwicklung von Gewerkschaften und Gewerkschaften in Zusammenhang.

## Zur Begehung eines Sammelkundgebung.

Abg. Schneider (frei. Bp.): Das bürgerliche Gesetzgesetz regelt die Begehung der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften nicht kann die Begehung der Arbeiter fordern befohlen, doch alle Gewerkschaften und jedem Tage geworden können, wenn es eine Gewerkschaft von Arbeitgebern oder Arbeitern besteht, die gegen die Begehung der Arbeiter protestieren oder demonstrieren. Der Betrieb nimmt hier zu die Rechte der Gewerkschaften gegen die Organisationen der Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft nimmt hier zu einer Stärke, in dem sie allgemeine Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren, auch das Gewerkschaftsrecht keine Bedeutung. Es kann aber, das gewisse Gewerkschaften der Arbeiterschaft, z. B. Dr. Sieber, kann in England einen wesentlichen Erfolg auf die Begehung der Gewerkschaften und damit Gewerkschaften nicht haben und gewisse Gewerkschaften der Gewerkschaften protestieren, das Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren, obwohl sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren.

Es folgt der Abg. Schneider (frei. Bp.): Das bürgerliche Gesetzgesetz regelt die Begehung der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften nicht kann die Begehung der Arbeiter fordern befohlen, doch alle Gewerkschaften und jedem Tage geworden können, wenn es eine Gewerkschaft von Arbeitgebern oder Arbeitern besteht, die gegen die Begehung der Arbeiter protestieren oder demonstrieren. Der Betrieb nimmt hier zu die Rechte der Gewerkschaften gegen die Organisationen der Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft nimmt hier zu einer Stärke, in dem sie allgemeine Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren, auch das Gewerkschaftsrecht keine Bedeutung. Es kann aber, das gewisse Gewerkschaften der Arbeiterschaft, z. B. Dr. Sieber, kann in England einen wesentlichen Erfolg auf die Begehung der Gewerkschaften und damit Gewerkschaften nicht haben und gewisse Gewerkschaften der Gewerkschaften protestieren, das Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren.

Es folgt der Abg. Schneider (frei. Bp.): Das bürgerliche Gesetzgesetz regelt die Begehung der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften nicht kann die Begehung der Arbeiter fordern befohlen, doch alle Gewerkschaften und jedem Tage geworden können, wenn es eine Gewerkschaft von Arbeitgebern oder Arbeitern besteht, die gegen die Begehung der Arbeiter protestieren oder demonstrieren. Der Betrieb nimmt hier zu die Rechte der Gewerkschaften gegen die Organisationen der Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft nimmt hier zu einer Stärke, in dem sie allgemeine Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren, auch das Gewerkschaftsrecht keine Bedeutung. Es kann aber, das gewisse Gewerkschaften der Arbeiterschaft, z. B. Dr. Sieber, kann in England einen wesentlichen Erfolg auf die Begehung der Gewerkschaften und damit Gewerkschaften nicht haben und gewisse Gewerkschaften der Gewerkschaften protestieren, das Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren.

Es folgt der Abg. Schneider (frei. Bp.): Das bürgerliche Gesetzgesetz regelt die Begehung der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften der Gewerkschaften nicht. Sogar die Gewerkschaften nicht kann die Begehung der Arbeiter fordern befohlen, doch alle Gewerkschaften und jedem Tage geworden können, wenn es eine Gewerkschaft von Arbeitgebern oder Arbeitern besteht, die gegen die Begehung der Arbeiter protestieren oder demonstrieren. Der Betrieb nimmt hier zu die Rechte der Gewerkschaften gegen die Organisationen der Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft nimmt hier zu einer Stärke, in dem sie allgemeine Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren, auch das Gewerkschaftsrecht keine Bedeutung. Es kann aber, das gewisse Gewerkschaften der Arbeiterschaft, z. B. Dr. Sieber, kann in England einen wesentlichen Erfolg auf die Begehung der Gewerkschaften und damit Gewerkschaften nicht haben und gewisse Gewerkschaften der Gewerkschaften protestieren, das Gewerkschaften nicht kann, da sie nicht gegen die Gewerkschaften protestieren.

Kaiserlichen Februar-Erlöse, ebenso wenig wie der Normalarbeitslohn. Das ergibt sich Organisationen aus Arbeitgebern und Arbeitern auch bei mir längst durchgeführt. Bei allgemeiner Durchführung der Berufsvorone würden die Arbeiterverbände auf Maximalarbeitslohn bestehen. Natürlich würden die Gewerkschaften dabei den kürzeren ziehen. Die Hauptgefahr solchen Gewerkschaften liegt in den durch sie herverursachten Gewaltthätigkeiten. Aber hat der Abg. Zubel zu beweisen versucht, daß die Gewerkschaften mit dem Wachsthum der Organisationen raspid abnehmen. Aber die von ihm angezogene Statistik beweist das gerade Gegenteil. Die Gewerkschaften sind nur die Vorschule der Sozialdemokratie, wenn dies auch hier wieder gezeigt wird. Aber auf den Parteitagen, wo die Herren unter sich zu sein glauben, da sagt der Abg. Singer in einer seiner Schlüsse: am Ende der Entscheidung wird Gewerkschaft und Sozialdemokratie vereinigt! Der lebte englische Maschinenbauern hat gezeigt, wie die Gewerkschaften führen. Ihre Forderungen waren derartig, daß selbst ihr begeisteter Vorfahre, der Prof. Brentano, ganz kleinlaut wurde. Man sieht allenhalben, daß auf diesem Wege die englische Industrie ihrem Untergange entgegeht. Auch den Engländern Webb, den bekannten Apologeten der Gewerkschaftsbewegung, sind jetzt die Augen aufgegangen, wie aus ihrer letzten Brothaus ersichtlich ist.

Die Gewerkschaften vertreten ausschließlich sozialdemokratische Tendenzen, die Kirche-Dürkischen Gewerkschaften haben sich ihre Forderungen im Wesentlichen angelehnt, auch die christliche Gewerkschaften müssen allmählich in dasselbe Fahrwasser geraten. Der Pfarrer Raumann sehen wir das ja heute schon. Ich will! Gegenstellung des Centrums nicht angreifen; es schadet aber gegen seinen Willen die Arbeiter selbst durch seinen Antrag. Ich verlange, daß sie in den Gewerkschaften mit vielem Gelde füllen, und die Arbeiter Geld beschlossen werden, etwas zu thun, was sie sonst nicht thun würden.

Abg. Röske (wild.): Mit Recht haben die Abg. Schröder und Spahn hervorgehoben, daß die Berufsvorone im wesentlichen Gesetzbuch schlechter gestellt sind, als bisher. Letzteres ist auch nur so angenommen worden, weil uns der Reichsanziger Aufhebung des Verbindungsverbotes versprochen hatte. Von Coalitionstreit will ich heute nicht reden; ich will nur bemerken, daß je in den Gewerkschaften allerdings erthalten war. Einige Erlasse waren eingestanden, und ich halte es mit der Pflicht der Mönche, für unvereinbar, sie zeitweilig außer Kraft zu setzen. (Sehr richtig! links.) Heute wird die Interessenvertretung des Gewerkschaftsverbands der Gewerkschaften einseitig gefährdet. Dasselbe gilt für die Arbeiter geltend. Jetzt ist die Sozialdemokratie doch nur die einzige Vertreterin der Arbeiter-Interessen. An wen sollen sich die Leute heute wenden? Etwa an den Abg. v. Stumm (Heiterkeit). (Abg. v. Kardorff: Sie würden nicht schlecht fahren!) Ich möchte behaupten, wäre Herr v. Stumm selbst Arbeiter, er würde sich nicht an den Ehren v. Stumm wenden. (Große Heiterkeit!) Herr v. Stumm sagte, es kann hier wieder um einseitige Interessenvertretung der Arbeiter verschweigt, aber, daß die Arbeitgeber bereits längst diese einseitige Interessenvertretung haben. (Sehr richtig! links.) Wie stellt Herr v. Stumm es z. B. vor, daß die Lohnfrage gemeinschaftlich geregelt werden soll? Wer wird sich da folgen. Der Vorsitzende unserer Corporation ist nur ein Märtelchen, das utaligisches Stein gehängt wird. (Sehr richtig! lins.) Ich denkt, daß trotz dieses Widerstandes diesmal einer der Anträge angenommen wird. Wenn Arbeiterorganisationen vorhanden sind, eine Einigung mit den Unternehmern bedeutet leichter, beim Boykott haben wir den Mangel einer solchen Schwierigkeit erkannt. Herr v. Stumm, ich hätte damals die Interessen meines Betriebes vertreten, weil ich als Arbeitgeber mit sozialdemokratischen Firmen in Verbindung trat. Der Friedensschluß ist aber von den Sozialdemokraten so loyal gehalten worden, daß ich mich nicht beklagen würde, in einem ähnlichen Falle mit Herrn Singer in Verbindung zu treten. (Sehr richtig! lins.) Prinzipiell wird der Streit als wichtigstes Kampfmittel der Arbeiter anerkannt, nur Praxis nicht. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Kleine Herren (sozialdemokraten): Sie rufen mir häufig ein Sehr richtig! Dieses "Sehr richtig" wird mich bei vielen im Lande draus ein schiefes Licht sehen: man glaubt noch vielfach, daß Amerika die Socialdemokratie richtig hält, deshalb schon falsch (Heiterkeit.) Man sollte nicht Amerika zum Vergleich heranziehen, die Unternehmer Söhnen zur Unterscheidung der Arbeiter, die sogen. Pinterschen. (Sehr richtig! bei Soc.) Gern sollte man nach England blicken. Da die Zahl der Streiks etwas gestiegen; aber die Zahl der Streikenden hat ebenfalls abgenommen, wie die Zahl verloren gegangene Arbeitstage. Sie werden die Streiks aus der Welt schaffen können, ob nun die Berufsvorone die Fähigkeit haben, oder nicht. Herr von Stumm sagt, daß die Steigerung der Arbeitsschwäche das Kapital aussöhne, konkurrenzlos. Das ist nicht der Fall, da ist nicht die Höhe der Löhne, sondern die Güte der Produktion entscheidend. Herr v. Stumm will die Gewerkschaften mit der Socialdemokratie in einem Unrecht in England z. B. haben die Gewerkschaften gegen mit der Socialdemokratie zu thun. Die Interessen der beiden sind eben sehr verschieden, die gegenseitige Behauptung sozialdemokratisches Recht. Gern sind alle, gelehrte und gelehrte nur gegen solche Unternehmer, die den Arbeitern Recht zugestehen, eine bessere Lebenshaltung anzustreben. Da ist nun gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber. Herr v. Stumm will uns mit dem Beste sozialistisch fördern. Über die Zukunft und in dem Antrag kann ich nicht sprechen. Ich siehe auf dem Standpunkt des Herrn von Beselich, daß Ganzlich in einem Artikel der "Sozialen Praxis" sagt, daß Ganzlich die Grundlage jeder sozialen Ordnung sein müsse, und besonders die verbündeten Regierungen sich bald auf die früheren Mindestsachen stellen werden. (Beschluss lins.)

Hierauf berichtet sich

verlangt werde. Wie steht es mit der localen Küstenverteidigung? Siehe siehe es mit den deutschen Küstenverteidigern sich früher sei behauptet worden, die deutschen Küstenverteidigen sich selbst. Wie steht es mit dem beweglichen Küstenkampf? Die Vorlage gehe davon aus, daß unsere Flotte stark genug sein müsse, um jeder feindlichen Flotte auf hoher See die Spitze zu bieten. Da behauptet nun die Vorlage, die Hochseepanzer reichen nicht aus, dafür sollte die formierte Schlachtkette eintreten. Hand in Hand mit der letzteren gehe im Sinn der Vorlage die erhöhte Indiensthaltung. Auch diese sollte organisch aufgebaut werden. Man wolle eine volle geschulte Besatzung für die bestimmten Schiffe. Es sei ein Plan, den man im Ganzen nehmen oder im Ganzen fallen lassen müsse. Die Vorlage behauptet mit Recht, daß wir jetzt mit der Aera der Freiheit zum Abschluß gekommen seien, wie sie in den früheren Denkschriften zum Ausdruck gekommen sei. Seiner Aussicht nach scheine die Vorlage den Grundsatz zu entwickeln: Läßt das Verhältnis vergessen sein. Redner richtet an den Staatssekretär, eine Reihe von Eingangsfragen und schlägt vor, die drei Punkte der Notwendigkeit, der finanziellen Tragweite und der Bindung noch einander zu diskutieren. — Die Brantwaltung seitens des Staatssekretärs Tippit ist zum größten Theil seines Art. Die Debatte erstritt sich heute nur auf die Frage der Notwendigkeit der gestellten Forderungen. Abg. Richter lehnte es ab, sich an der allgemeinen Diskussion zu beteiligen und behielt sich ein Einreden bei den einzelnen Punkten vor. Die Generaldebatte soll Sonnabend fortgesetzt werden. Zwischen der ersten und zweiten Beratung der Flottenvorlage soll der Marineetat zur Erledigung kommen.

## Dreifischer Landtag.

Berlin, den 25. Februar.

Das Abgeordnetenhaus hält heute eine sozial-politische bedeutungsvolle Sitzung ab. Bei dem Etat der Berg-, Hüttens- und Salinenverwaltung darf ich Ihnen, das Berg- und Salinenamt auf der Grube Carolinengrub bei Bodenbach das Vorsitz hat, zur Sprache. Der Minister Kreißel eröffnete die Debatte mit einer längeren Rede, die eine einzige Anklage gegen seine eigene Verwaltung war. Er mußte selber die vier Unterlassungsfürden angeben, die zum Theil das Unglück mit verursacht haben. Es hat an einer genügenden Revision der Wetterführung in der Grube gebracht, die notwendige Räumung vor Fahrt der Grube durch die Mannschaft scheint unterblieben zu sein und der Kohlenstaub, der sich in den Gängen ansammelt, ist nicht sauber gehalten worden. Besonders dieser letztere Umstand hat die furchtbare Ausdehnung des Unglücks verschuldet. Der Minister hob auch hervor, daß es an ausreichender Kontrolle über die Nebenarbeiten mangelt, die bei dem kolossalen Aufschwung der Bergbau-industrie überhandnommen haben. Die Ansicht der Betriebe sei unzureichend, weil es an dem nötigen Unterpersonal fehle. Nun machte der Minister einen Vorschlag, den die deutschen Bergarbeiter schon längst erhoben haben. Er erklärt sich nämlich bereit, Arbeiterdelegirte als Gehilfen bei der Grubeninspektion zu verwenden. Es sei kein fester Entschluß, diese Maßregel durchzuführen. Beider soll nur noch eine Commission sich über die Wirkungskraft der Arbeitgeberdelegirten, die in England, Frankreich und Belgien bereits eingesezt sind, orientieren. Hoffentlich wird die Untersuchung dieser Commission sehr bald beendet sein. Wenn der Minister eingesehen hat, daß diese Reform der Bergaufsicht nicht länger aufzuschieben ist, sollen nicht neue Unglücksfälle ähnlich die auf Carolinengrub sich ereignen, so muß es am möglichsten Verhinderung alles liegen. Die Volljährigkeit des Ministers wurde zwar allseitig mit Beifall aufgenommen, in der Debatte aber vertrügt der national-liberale Abgeordnete Berggraf Dr. Schulz und der freikonservative Fabrikbesitzer Bopius die Ausnahmehit von dem nachdrücklichen Unglücksfall durch eine Diversion gegen die sozialdemokratische Presse abzulenken. Unsere Presse soll übertrieben haben, ihre Kritik sei überwiegend hinausgeschossen. Es ist unsäglich, wie nach der Rede des Ministers selber noch behauptet werden kann, sozialdemokratische Blätter hätten über das furchtbare Unglück zu viel gesagt. Herr Bopius benutzte die Gelegenheit, um die Klagen der höheren Bergbeamten anzubringen, die beim Geburtsstag des Kaisers nicht die erhoffte Rangenhöhung erhalten hätten. Wie muß die Denkschrift eines Mannes beschaffen sein, der angesichts dieser Katastrophe auf dem Schlachtfelde der Arbeit die Mandarinenorgane höherer Bergbeamten erwähnen kann! Der Abgeordnete Gotheim von der frei-fürstigen Vereinigung lege ein Wort für die sozialdemokratische Presse ein. Er und die Centralsabgeordneten Fuchs, Stöckel und Dasbach sprachen ihre Genugthung über die geplante Zusicherung von Arbeiterdelegirten aus. Herr Dasbach forderte außerdem eine amtliche Untersuchung des Unglücks auf Carolinengrub, um die sozialdemokratischen Behauptungen zu widerlegen. Eine objektiv geführte Untersuchung kann auch uns nur willkommen sein. Der Etat der Berg-, Hüttens- und Salinenverwaltung wurde im übrigen unverändert genehmigt.

## Epilog zum Prozeß Zola.

Die Verurteilung Zolas, der sich als ein wahrhaft großer Mensch erwiesen, nachdem er der Welt schon längst als ein großer Dichter bekannt geworden, hat die Komödie vor dem Pariser Geschworenengericht zu einem Ende geführt, das das offizielle Frankreich der dritten Republik vor der ganzen Welt mit Schmach und Schande bedeckt. Zola geht auf ein Jahr in das Gefängnis, gewiß, aber der Dreyfus-Skandal haben die französischen Gewaltshaber damit nicht aus der Welt geschafft. Der Vertheidiger Labori hat in seiner letzten großen Rede so viel Material zu Tage gefördert, daß jedem eine Revision des Dreyfusprozesses notwendig erscheint. Nach dieser glänzenden Leistung, was die Alles zusammenfaßt und in die richtige Beleuchtung stelle, was an Thatsachenmaterial vorhanden ist, gilt Labori für den hervorragendsten Vertheidiger von Paris. Aber was nicht all' das Material, so wohlgeordnet, so gut verknüpft es ist, gegen die Revision des Prozesses sträubt sich das ganze herrschende System; und es wird die Revision verzögert, wenigstens so lange hinausgeschoben, bis die vorstehenden Tabulen darüber sind. Denn bei der Wahlkampagne kann die Dreyfuspartei glänzend ausgenutzt werden zum Beweis der einschloßlichen Menge.

Es ist ja wie ein Rausch, der die politisch unrechte Menge des französischen Volkes faßt, sobald es sich um den Ruhm der heiligen Armee handelt. Die würdigen Herren vom Generalsekretär werden wie Halbgötter verehrt. Alle höhen Instanzen sind entseßelt worden, die mauritischen und antisemitischen, die Radikalfunkte, die eine gesuchte, gewissenlose Interessenpolitik in die verderblichsten Bohnen lenkten fand.

Nur die Arbeiterschaft und die sozialistische Presse hat sich von dem Rausch frei gehalten. Sie ist nicht einzufangen gewesen und fest gebunden; denn sie steht in all dem Lärm nur die wilden Zustungen der im inneren Kerne faulen bourgeois Regierung, die mit dem Lärm über ihre Verlegenheit und Unmöglichkeit hinwegtun müssen. Die Arbeiterschaft hat dem Manne, der der Wahrheit eine Gelegenheit schaffen wollte, unverbrüchlich ihre Sympathie bewahrt; denn sie weiß, daß sein Weg in der Richtung auf ihr Ziel führt.

Und wenn nun Zola, der Mann, der in der Weltliteratur einen Ehrenplatz einkämpft, mag auch der öffentliche Ankläger unter dem Schleier der ganzen civilisatorischen Welt ihn nur den Verfechter von einigen Romanen nennen, wenn Zola als besiegt Sieger seine Ehrenstrafe antritt, so darf es sich die sozialistische Arbeiterpartei zur Ehre antreihen, daß sie ihm mit ihren Sympathien begleitet.

Die Verurteilung Zolas bedeutet einen Triumph des blöden Chauvinismus, eine Kapitulation vor den bösen Instanzen des unter dem heiligen Zeichen von Säbel und Weihwinkel irrgestellten einflusslosen Volks. Frankreich ist reif für eine neue Vorlage. Wer weiß, ob der brave General in neuer Auflage nicht bald auf der Bildfläche erscheint.

Tie Revolutionsfreunde hoffen nun recht viel von einer Intervention des Auslandes. Dem "B. L." wird gescheiden: "Der

Brüsseler Solz", welcher zuerst am 12. October v. J. den bevorstehenden Dreyfus-Feldzug angekündigt hat, entsandte einen Mitarbeiter nach Berlin und Rom, um den wahren Urheber des Vorberaus anzufinden zu machen. In Berlin blieb seine Mission resultlos. Weder Oberst von Schwarzkoppen noch die deutsche Diplomatie wollten sich äußern. Dagegen erfuhr der Mitarbeiter in Rom von seiner Persönlichkeit, welche mit dem Major Vanizardi auf dem vertrautesten Fuße steht, viel Interessantes. Wahrscheinlich ist Vanizardi selbst der Gemäthsman des Blattes, welches jedoch versprach, keinen Namen zu nennen.

Danach wissen die Regierungen Deutschlands, Italiens und Russlands den Namen des Verfassers des Vorberaus. Derselbe wurde von der französischen Regierung als Spion verwendet, betrifft aber gleichzeitig Jahre lang auch Spionage für Rechnung auswärtiger Staaten. Die auswärtigen Aemter in Berlin und Rom besitzen zahlreiche Briefe dieses Spions. Die Handschrift ist identisch mit dem Vorberau. Falls die Pariser Regierung die Revision des Dreyfus-Prozesses entlig verweigert, werde der Name des unbekannten Verfassers bekannt gegeben werden, da die deutsche, italienische und russische Diplomatie nicht länger die Verurteilung eines Unschuldigen auf ihr Gewissen nehmen wollen. Nach der ganzen Darstellung des "Solz" kann der Spion nur Estorffaiy sein. Ich füge hinzu, daß die Angaben des "Solz" Glauben verdienen, da derselbe ein ernstes und vorzüglich unterrichtetes Blatt ist.

Wir glauben natürlich durchaus nicht an die Möglichkeit, daß ausländische Mächte sich derart in die französischen Angelegenheiten mischen werden. Die europäische Diplomatie hat schon anderes auf dem Gewissen, wie die Verurteilung eines Unschuldigen, ohne daß ihr das die Ruhe geraubt hätte.

In der französischen Deputiertenkammer wurde gestern der Zolaprozeß verhandelt. Die Regierung des Herrn Meline fühlt sich und der Herr Ministerpräsident versteig sich daher zu allerlei schurken Drohungen gegen die Freunde der Revision, im Falle diese ihren Feldzug für die Revision jetzt nicht bedingtlos einzustellen.

Holzhard interpelliert über das Eingreifen der Generale Bellieu und de Boisdeffre in die Verhandlungen des Prozesses Zola und wünscht zu wissen, ob sie mit Genehmigung des Kriegsministers oder auf dessen Befehl eingegriffen hätten. Hubbard spricht, häufig von dem Centrum unterbrochen, daß der Zoll ein Kriegsangelegenheit und schließt mit der Aufforderung an die Regierung, den tumult und dem Lärm auf den Sträßen ein Ende zu machen. Bibiani (Socialist) erklärt, die Sozialisten könnten über die Dreyfusangelegenheit verschiedener Meinung sein; sie seien aber darüber einig, daß die Civilgewalt über der Militärgewalt stehen müsse. Bibiani spricht von einem Bündnis zwischen den Führern der Armeen und der Kirche und außert die Befürchtung, daß die Freiheit bedroht werde. Er beantragt, die Kammer solle gegen die Haltung der Generale im Zolaprozeß Einspruch erheben. (Beifall auf der äußersten linken Seite.)

Ministerpräsident Meline erwidert: Die demokratische Volksjustiz habe nach der Militärgewalt gesprochen. Das Land werde das Verdict annehmen. (Beifall.) Villoz habe den Generalen, die als Beugen vor der Justiz des Landes Aussagen machen müssten, keine Befehle zu geben. Man beschuldigte einen General wegen der Worte, die er gesprochen hat. Ohne Zweifel habe er ein Wort, u. d. i. gesagt. Man denkt jedoch an die ihm in's Gesicht gesetzte schändliche durchbare Anklage. Die der Armee gemacht wurden seien ungerecht. Es gebe nicht einen einzigen Offizier, der fähig sei, von einem Attentat gegen das Land zu träumen. Untere Offiziere werden von ganz andren Träumen angestochen. (Beifall.) Wenn man nach dem Verdict von gestern in der Agitation forschte, dann könnte man einer Parteifrage gegenüber. Genug des Pölen sei der Nation geschehen. Das Leben der Nation sei gerettet. Ein Theil der ausländischen Presse hat alles Schlechte aufgegriffen, was hier von uns gesagt worden ist. Das wird immer die Strafe derjenigen sein, die schlecht von Frankreich sprechen in der Absicht, den Beifall des Landes zu erlangen. Jeden Tag, fügt Meline fort, sieht man im Auslande Spionagefälle. Hat sich die französische Presse über den Fall Romani so aufgeregt, wie über den Fall Dreyfus? Für all das gibt es nur einen Schluss: daß in außern Landen (Beifall.) Ich wiederhole: das muß aufschären im Interesse des Landes, im Interesse des öffentlichen Friedens und im Interesse unserer Sicherheit nach außen. (Beifall.) Es muß sogar aufschären im Interesse jener, die sich so körpert und verweilen in diesen Feldzügen einlassen und die uns zu einem Jahrhundert der Intoleranz zurückführen könnten. Redner verteidigt diese gesittige Elite, die sich absichtlich Augen und Ohren zuhalte, und fährt fort: die Regierung steht einer Wunde gegenüber, die sie vernarben machen will. Denn das muß geschehen. Die Regierung wird alle zur Ruhe rufen und wird die durch die Umstände geforderten Maßnahmen ergreifen. Nach dem gestrigen Wahlspruch wird sich Niemand mehr auf seinen guten Glauben berufen können. Wenn die Gesetze, über die die Regierung verfügt, nicht genügen sind, so wird sie an die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Die Abstimmung der Kammer wird beweisen, schloß der Minister, daß es, wenn der Patriotismus ... Frage steht, keine Parteien mehr giebt. (Lobhafter Beifall.)

Goujon beantragt, daß die Rede Melines in allen Gemeinden Frankreichs angekündigt werden möge. Der Antrag wird durch Aufheben der Hände genehmigt. — Nach Meline sprach Cabagnac. Derselbe wußt der Regierung vor, sie habe in dem Schwurgerichte nicht die ganze Wahrheit gesagt. Es verlangt eine mächtige, aber der Obrigkeit unterworfen Armeen.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Eine Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen der Kammer zu ihrer Erklärung ausspricht, wird mit 416 gegen 41 Stimmen angenommen.

(Ende der Rubrik patriotische Übernahme.)

Die Hausbesitzer sind jedoch von der Vorlage gar nicht erbaut, da nach ihrer Meinung die Aenderung für sie nicht eine Entlastung, sondern eine Belastung bedeute. In einer am 23. d. Mts. abgehaltenen Versammlung des Hausbau- und Grundbesitzer-Vereins erklärte der Vorsitzende, diese Vorlage bilde einen neuen schweren Schlag ins Gesicht des Hausbau- und Grundbesitzerstandes, vielleicht einen nicht beachtigten, sondern aus Unkenntnis der Verhältnisse hervorgegangen.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleunigen und die Bürgersteige allmählich einheitlicher und zweckmäßiger zu gestalten.

Der Magistrat schätzt die Last, welche die Stadt dadurch zu tragen hätte, auf 30-30,000 M.; allerdings sind dabei auch die Kosten für die Strecken eingerechnet, welche heute schon seit längerer Zeit entstanden, die Unterhaltung der Bürgersteige ganz auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, um die Beschwerden der Hausbesitzer zu erübrigen, die Unpflichtungen zu beschleun

polnischen Socialdemokraten, der erst 1899 stattfinden soll, ausnahmsweise schon in diesem Jahre und zwar zu Ostern in Neustadt abzuhalten, er wurde indeß von der Redaction dieses Blattes als unausführbar bezeichnet.

\* Vom Stadttheater. Die neuerlichen, bei dem Stadtlehramt, Stockgasse, durchgefahrene Reformen, insbesondere die Beseitigung der Geschäftsstunden derselben auf die Zeit von Vormittags 8—1 und Nachmittags 3—6 Uhr bei fortwährender Anwesenheit des Taxators, scheinen bei dem Publikum Anklang zu finden, wie der etwas lebhafte Besuch des Instituts beweist. Das Stadtlehramt nimmt jetzt außer Gold, Silber, Uhren, Wäsche, Kleider, wieder Bettlen, Nähmaschinen, ferner auch Fahrräder zum Verkauf an und berechnet an Zinsen pro Monat nur 1 p.C., während das Gesetz für Darlehen bis zu 30 Mark den doppelten Satz gestattet. Bei Darlehen von mehr als 1000 Mark gilt eine weitere Zinskürzung ein. Da seines die Sicherheit der Pächter im Stadtlehramt von der Stadtgemeinde gewährleistet wird, empfiehlt sich die Benutzung derselben besonders bei Bedarf größerer Summen.

\* Falsches Geld. In einer Restauration auf der Stoßgasse verweilte am 22. d. Ms. eine Frau, die in auffallender Weise einige Zehnpfennigstücke in anderes Geld umwechseln wollte. Einem als Geist in dem Lokal anwesenden Haushälter fiel das Benehmen der Frau auf, derselbe trat an die Frau heran und machte die Entdeckung, daß jene Zehnpfennigstücke gefälscht waren, und zwar war deren Nachahmung in sehr plumper Weise ausgeführt. Anstatt nun die Frau festzuhalten und sie einem Polizeibeamten zu überliefern, begnügte er sich damit, die Falsifizate — an sich zu nehmen, die Frau nach ihrem Namen zu fragen — sie nannte sich Elisabeth Leuber — und sie dann gehen zu lassen. Karlsruhe war der angegebene Name, wie die weiteren Mitteilungen ergaben, fingirt. Die gefälschten Münzen sind mit Brüdigk belegt worden.

\* Verloren wurden: Drei Portemonnaies mit 2, bezw. 4 und etwa 15 Mark, ein goldener Manschettenknopf, ges. 30. 9. 91, eine silberne Dauermünze (geprägt Nr. 69645 C. Haagmann) mit einer goldenen Kette, ein paar Halsketten, ein Paar Säcke und ein auf den Namen Willig ausgestelltes Arbeitsbuch.

\* Gefunden wurden: Ein Portemonnaie mit Zahltal, ein Pinzenges, ein Kompass, eine goldene Domenuhr, ein Taschentuch, ein Padet seine Wölfe, eine Handtasche mit verschließendem Schloß, eine Petrische, ein Lehrbrief und eine rote Tischede.

\* Straßenräuber. Am 22. d. Ms. Mittags wurde ein Dienstbotinnen in der Nähe der Eisenbahnhinterführung an der Rosenthalerstraße von zwei jungen Banditen angegriffen, die dem Mädchen aus der Hosentasche ein Portemonnaie mit 125 Mark raubten und dann eilig entflohen. Leider gelang es ihnen, zu entkommen.

Des großen Unfalls sollte sich bekanntlich Genovese Neufeld als uralter Verantwortlicher unseres Blattes dadurch schuldig gemacht haben, daß er eine Notiz aus dem „Globus“

übernahm, welche sich beschäftigt mit dem komischen Druckfehler eines sachlichen Blattes, der den Buchstaben b im Worte Stollen durch einen anderen ersetzte. Das Schöffengericht konnte s. g. einen großen Unfall in der Wiedergabe des Druckfehlers nicht entdecken und sprach Neufeld losenlos frei, der allezeit ehrige Staatsanwalt ließ jedoch nicht locker, er wollte unbedingt Sühne für die vermeintlich großliche Verleumdung seiner ethischen und stiftlichen Gesühle haben, wodurch Genovese selbst sich heut wiederum wegen dieses angeblichen großen Unfalls vor der Berufungsinstanz des bietigen Landgerichts zu verantworten hatte. Der Herr Staatsanwalt war hier in offensender Verlegenheit, die Anklage aufs Neue zu begründen und es war dem Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Paul Hein, ein Leichtes, nachzuweisen, daß ein normal veranlagter Mensch unmöglich Gel denken kann, das harmlosen Scherzes empfinden könnte, z. wie die Anklage das behauptete. Das Gericht stand weder in objektiver Richtung die Kriterien der Verleumdung des Großenunfallparagraphen durch die Veröffentlichung der Notiz gegeben, noch stand es nach der subjektiven Seite eine Verleumdung des Angeklagten, der offenbar gar nicht das Bewußtsein gehabt habe, mit der Veröffentlichung des vielleicht unpassenden „Witzes“ großen Unfall begehen zu können. Es wurde daher auf Anweisung der Berufung des Staatsanwalts erkannt und die losenlose Freisprechung Neufelds bestätigt.

### Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. Febr. Die socialdemokratische Fraktion des Reichstages hat, nach einer Mittheilung der „Bresl. Ztg.“, beschlossen, von den geplanten Finanzanträgen denjenigen der freisinnigen Volkspartei auf Einschaltung eines Reichsberggergeses bei erster Gelegenheit auf die Lagesordnung stellen zu lassen; den Anlaß hierzu hat das Grubenunglück im Ruhrrevier gegeben.

Graz, 25. Februar. Steiermark ist von einer Hochwasser Katastrophe bedroht. Vom Laibenthal kommende Wassersäulen haben Langenzwang überschwemmt und dringen in Wohnungen und Ställungen.

Paris, 25. Februar. Aus der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer ist noch folgendes zu berichten. Castelnau fragt an, ob die Regierung beschließe, daß Dreyfus-Syndikat Strafei zu lassen, oder ob sie dasselbe zur Verantwortung ziehen werde. Ministerpräsident Méline erwidert, die Regierung werde dasselbe zur Verantwortung ziehen, aber innerhalb der Grenze des bestehenden Gesetzes. Wirklich?

Lobert hat heute bei dem Cassationshofe die Richtig-

keit beschwore gegen die Verurtheilung Bolo eingereicht.

Der Kriegsminister wird morgen das Urtheil über Picquart bekannt geben. Man nimmt an, daß Picquart pensioniert werden wird.

Der Minister des Innern hat den Advocaten Leblot seiner Obliegenheiten als Beigeordneter des Maires de 7. Arrondissements enthoben.

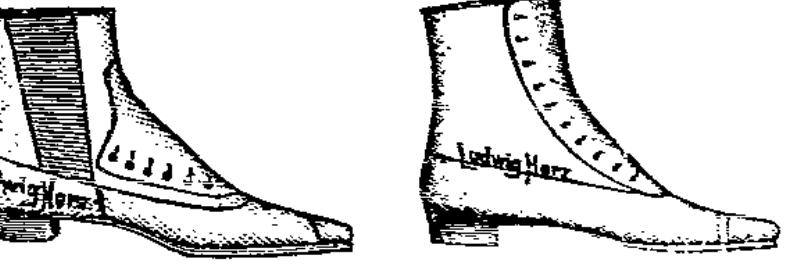
### Standesamtliche Nachrichten.

Geschlechter. I. Clemmer Richard Friede, Kathol. Heiligegeiststraße 1, mit Anna Bode, Kath. Kaiser Wilhelmstr. 5/5. — Stellmacher Franz Dworaczek, Kath. Kurzgasse 58, mit Emma Seidel, ev. Böbelwitz 66. — Klempnergeselle Paul Wagnanek, ev. Neuschefstraße 51, mit Bertha Wallsteiner, ev. Neuenhofe 8. II. Korbmacher August Hoppe, Wang. Feldstraße 15, mit Hedwig Stenzel, Kath. Paradiesstraße 1. — Tischlermeister Hermann Wittkopf, ev. Kath. Georgenstraße 5, mit Marie Zimmermann, ev. — Schlosser Emil Höhne, ev. Neue Lauenhainstraße 66, mit Louise Baskula, ev. Lüdowstraße 25.

Geburten. I. Schuhmacher Carl Schumann, ev. S. Fabrikarbeiter Carl Schupp, Kath. — Arbeiter Richard Behlschmidt, S. — Arbeiter Hermann Kastke, Kath. — Sattler Paul Hansel, Kath. S. — Schneidermeister Peter Burzik, Kath. S. — Schuhmacher Franz Hentschel, Kathol. S. — Schuhmacher Anton Faubhaber, Kath. — Haushälter Carl Dubzig, Kathol. — Tischler Eduard Kladzina, Kath. — Steinmacher Robert Scheidegger, S. — Schlosser Oscar Orlowson, ev. — Schlosser Paul Klein, ev. — Schneider Emanuel Krömer, ev. — Tischler Richard Flöck, ev. — II. Arbeiter Carl Ziegler, ev. — Schneider Hugo Philipp, ev. — Arbeiter Ernst Weigelt, ev. — Schuhmachermeister Robert Gieseck, Kath. — Schneider Anton Wildner, Kath. — Schlosser Paul Scholz, ev. —

„Todesfälle.“ I. Erich, S. d. Schneider Claus Janisch, S. — Arbeiterin Marie Meier, geb. Heinrich, 65 J. — Carl, S. des Schneiders Carl Klafta, 3 M. — Mäherin Auguste Klop, 25 J. — Maurermeisterin Agnes Strauß, geb. Stoeck, 65 J. — Euri, S. des Schuhmachermeisters Paul Schwarzer, 5 J. — Arbeiterin Anna Rademacher, geb. Mergner, 43 J. — Martha, 2. des hier verstorbenen Arbeiters Carl Schlapa, 9 J. — Arthur, S. des Schuhmachers Adolf Schäffer, 2 J. — Karl, S. des hier verstorbenen Kutschers Carl Dreiser, 2 J. — Händlerin Auguste Härtel, 60 J. — III. Anna, 2. d. Kutschers Arthur Franck, 3 J. — Emma, 2. des Arbeiters Ernst Kornely, 3 J. — Erdi, S. des Metalldreher Otto Gerecke, 5 Mon. — Martha, 2. des Arbeiters Carl Luz, 6 Mon. — Lucie, 2. des Steindruckers Franz Monett, 9 Mon. — Paul, S. des Arbeiters Wilhelm Wagnanek, 2 M. — Frühere Puhmacherin Ida Drücke, 65 J.

## Zur Confirmation!



Mädchen-Stiefel!

Knapfschuh	5,00	6,00	7,00
Schnürstiefel	5,50	6,50	
Schaffstiel	6,00	6,50	
Halbschuh			4,00
Gatschuh			2,75

## Ludwig Herz, Breslau, Blücherplatz 4.

Deutsche

### Dampf-Fischerrei-Gesellschaft Nordsee.

Gästekarte: Breslau, Schmiedebrücke 48.

Wir offerieren vor unsrer täglich pr. Kühlwagen frisch eintreffenden Sendungen:

Prima S. Schellfisch	pp. 13—40 Pf.
Cablian	" 25—35 Pf.
Seehecht	" 30—35 Pf.
Seelachs	" 30—35 Pf.
Schollen	" 25—40 Pf.
Rothzangen (schr.)	" 35—40 Pf.
Steinbutt	pp. 1,20—1,70 Mk.
Fisch-Côtelettes	pp. 55 Pf.
Fisch-Carbonade	" 55 Pf.
Heilbutt	" 65 Pf.

Preise der Ränkelei: 3119

Prima ger. Seelachs, Seerochen pp. 60 Pf.  
Seetaal, Auferbach, Glindern.

Grasscheune Raut-Schafsfisch 8 Liter-Dose 3,50 Mk.

Grasscheune Raut-Schafsfisch 4 Liter-Dose 1,85 Mk.

Complett Anzüge in allen Stoffarten und mit reeller Ausführung empfehle ich von 5—20 Mk. 3125

Eduard Freund.

Kenschestr. 57, ecke Hinterhäuser

### Achtung! Töpfer. Achtung!

Am 2. Februar d. gegen 17 Uhr ist der Töpfer in der

Brücke 10, gegenüber dem Käsemarkt, auf dem

Monats-Versammlung im Saale der Universität Berlin, 2. Februar.

Der Vorstand. J. A. Hermann.

Achtung! Geschäftsfestlichkeit. Achtung!

Sonntag, den 27. Februar 1898, Nachm. 4 Uhr

im Rotkäppchen, Saal 75.

Mitglieder-Versammlung.

Zugangsrecht:

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.

Die Gemeindeamt-Scheine sind zu jeder Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

1. Gemeindeamt, Käsemarkt. 2. Postamt.